

Potsdam: Beirat für Menschen mit Behinderung aufgelöst

3-4 Minuten

Aus und vorbei: Der seit mehr als zwei Jahren zerstrittene und ohne Aussicht auf Besserung unterbesetzte Beirat für Menschen mit Behinderung ist Geschichte. Die Stadtverordnetenversammlung hat das offizielle Inklusionsgremium der Landeshauptstadt aufgelöst. Der Beschluss fiel bei großer Mehrheit.

Denninger bereitet Neustart für Potsdams Behindertenbeirat vor

Ein kommunaler Beirat für Menschen mit Behinderung sei unabdingbar für die Mitbestimmungsrechte dieser Personengruppe, heißt es aus dem Rathaus. Die Beauftragte für Menschen mit Behinderung soll nun einen Vorschlag zur Neu-Strukturierung des Beirats sowie den Entwurf einer Geschäfts- und Wahlordnung erarbeiten – beides soll mit Politik und Verwaltung abgestimmt werden. Danach soll der Vorschlag der Stadtverordnetenversammlung im 1. Quartal 2022 zum Beschluss vorgelegt werden.

Potsdams Behindertenbeauftragte Tina Denninger erklärte bereits im Oktober, wie sie sich den Beirat künftig vorstellt. So sollen von Vereinen und Behindertenverbänden entsandte Vertreter in das Gremium eingebunden werden – so wie es andere, mit Potsdam vergleichbare Kommunen handhaben. Dennoch solle der Beirat ein Selbstvertretergremium bleiben und nicht von Trägern gesteuert werden, betonte Denninger.

Aufwendiges Werkstattverfahren

Der Behindertenbeirat ist nicht der erste, der gescheitert ist und vor der Zeit den Dienst quittieren musste. Daher hatte die Stadt vor der Neuwahl ein mehrere Monate dauerndes Werkstattverfahren durchführen lassen. Im Februar 2018 hatte der daraus entstandene Beirat die Arbeit aufgenommen. Doch nach einer produktiven Phase kam die Ernüchterung: Schon im April 2019 zogen sich die ersten Mitwirkenden zurück – der Beginn eines Hickhacks, das den Beirat geradezu lähmte und mögliche Nachrücker abschreckt. Auch eine Mediation scheiterte.

Kritik an Potsdamer Verwaltung und Stadtpolitik

[Alexander Wietschel, Mitglied im Beirat und ehemals in dessen Vorstand aktiv](#), hatte für die Sitzung des Stadtparlaments Rederecht beantragt, aber nicht erhalten. Er habe darauf hinweisen wollen, dass der Beirat durchaus Erfolge erzielt und wichtige Erfahrungen gesammelt habe. Wietschel gibt der Verwaltung und der Stadtpolitik eine Mitverantwortung für das Scheitern des Beirats, was sich nun auch in dem “würdelosen Ende” widerspiegle, das man dem Gremium bereite: “Die Stadtverordneten wollen sich anscheinend nicht in das Gewissen reden lassen und auf strukturelle und organisatorischen Fehler der Stadtverordnetenversammlung und der städtischen Verwaltung aufmerksam gemacht werden.” Die ehrenamtliche Arbeit der Mitglieder des Beirats sei nicht respektiert und daher letztendlich vergeudet worden. “Was bleibt, ist ein bitterer Nachgeschmack und die Ansage, dass die Menschen mit Behinderung in Zukunft eben nicht mehr auf die Stadtverordneten zählen können, weil es in deren Selbstverständnis eben nicht um die vitalen Interessen der Menschen mit Behinderung geht!”

Von Nadine Fabian